

## V o r l a g e

**zur konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg am 24. September 2024**

### Öffentliche Sitzung:

#### Zu Nr. 7 der Tagesordnung:

**Festlegung der Aufwandsentschädigung des Verbandsvorstehers/der Verbandsvorsteherin und seiner/ihrer Stellvertreter/Stellvertreterinnen sowie der Sitzungsgelder und Fahrtkostenentschädigung**

#### Sachverhalt:

Für die Festlegung der Aufwandsentschädigungen und der Sitzungsgelder in Zweckverbänden sind nach § 7 Abs. 1 Ziffer 3 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) i. V. m. § 18 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GemO) die Bestimmungen der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) vom 27. November 1997 (GVBl. S. 435) zuletzt geändert durch Verordnung vom 29.08.2023 (GVBl. S. 241) anzuwenden.

Nach § 7 Abs. 2 KomZG ist für die Ermittlung der Aufwandsentschädigung bei Zweckverbänden die Einwohnerzahl der Gebietskörperschaft mit der höchsten Einwohnerzahl maßgebend. Beim Zweckverband Flugplatz Bitburg ist somit auf die Einwohnerzahl des Eifelkreises Bitburg-Prüm abzustellen. Die maßgebende Einwohnerzahl nach § 13 LKomBesVO (Kommunal-Besoldungsverordnung) beläuft sich nach Mitteilung des Statistischen Landesamts zum 31.12.2023 auf 104.435.

Die Aufwandsentschädigung des/der Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin richtet sich nach § 17 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 Nr. 2 KomAEVO. Auf Wunsch des Verbandsvorstehers war in der Sitzung der Verbandsversammlung am 10.02.2022 der Höchstbetrag, der nach der KomAEVO damals 50% von 943 € und somit 471,50 € monatlich betrug, auf 30% von 943 € und somit 282,90 € monatlich gesenkt worden. Es wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 10.02.2022 beschlossen, dass bei Änderungen der KomAEVO die Aufwandsentschädigung dynamisch auf 30% des jeweils geltenden Höchstbetrags angepasst wird. Aktuell beträgt die Aufwandsentschädigung 319,20 € im Monat.

Den stellvertretenden Verbandsvorstehern soll für jeden Tag der Vertretung des/der Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines Dreißigstel des für den/die Verbandsvorsteher/Verbandsvorsteherin festgesetzten Monatsbetrages erhalten.

Das Sitzungsgeld für die Vertreterinnen und Vertreter in der Verbandsversammlung und die Mitglieder in den Ausschüssen wurde 2019 auf 60,00 Euro erhöht. Ab dem Jahr 2020 verändert sich das Sitzungsgeld um den gleichen Hundertsatz wie die in § 15 Abs. 2 Satz 1 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) bezeichneten Sätze; der sich daraus ergebende Betrag wird auf volle Euro aufgerundet. Damit ergibt sich ein Betrag in Höhe von 68,00 €.

Die Erstattung von Fahrtkosten und der Ersatz von Lohnausfall bzw. Ausgleich für Nachteile im häuslichen Bereich waren bisher gemäß den Regelungen der Hauptsatzung des Eifelkreises Bitburg-Prüm festgesetzt. Es wird vorgeschlagen, diese Verfahrensweise beizubehalten. In den nachstehenden Beschlussvorschlag wurden daher die entsprechenden Regelungen übernommen.

Beschlussvorschlag:

Die Aufwandsentschädigung des/der Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin gem. § 17 Abs. 2 der KomAEVO wird auf 319,20 € monatlich festgesetzt und bei zukünftigen Änderungen der KomAEVO auf 30% des geltenden Höchstbetrags angepasst.

Den stellvertretenden Verbandsvorstehern wird für jeden Tag der Vertretung des/der Verbandsvorstehers/Verbandsvorsteherin eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines Dreißigtels des für den/die Verbandsvorsteher/Verbandsvorsteherin festgesetzten Monatsbetrages gewährt.

Den Vertreterinnen und Vertretern in der Versammlung und den Mitgliedern in den Ausschüssen wird ein Sitzungsgeld i. H. v. 68,00 € gezahlt. Das Sitzungsgeld verändert sich um den gleichen Hundertsatz wie die in § 15 Abs. 2 Satz 1 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) bezeichneten Sätze; der sich daraus ergebende Betrag wird auf volle Euro aufgerundet.

Neben dem Sitzungsgeld werden die notwendigen Fahrtkosten für Fahrten zwischen Wohnung und Sitzungsort durch Ersatz der entstandenen Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel erstattet; soweit eigene Fahrzeuge benutzt werden, erfolgt Fahrgeldvergütung nach den Sätzen für anerkannt private Kraftfahrzeuge.

Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt; er umfasst auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Auf Antrag wird der glaubhaft versicherte Verdienstaufschlag bis zum zweifachen Betrag des Sitzungsgeldes ersetzt. Bei einer Sitzungsdauer von weniger als einer vollen Zeitstunde wird der Verdienstaufschlag höchstens bis zum einfachen Betrag des Sitzungsgeldes ersetzt. Personen, die über ein Erwerbseinkommen nicht verfügen, denen aber im häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten einen Ausgleich in Höhe des zweifachen Betrages des Sitzungsgeldes je Sitzung. Unbezahlte Versorgungs- und/oder Erziehungsarbeit wird auf glaubhafte schriftliche Versicherung ein Ausgleich in Höhe des zweifachen Betrages des Sitzungsgeldes gewährt. Keinen Ersatzanspruch haben Mandatsträger, bei denen wegen der durch die Mandatsausübung ausfallenden Arbeitszeit keine anteilige Kürzung der Löhne, Gehälter oder Bezüge durch den Arbeitgeber bzw. Dienstherrn vorgenommen wird. Gleiches gilt für Pensionäre und Rentner.

Bitburg, 9. September 2024  
Zweckverband Flugplatz Bitburg

  
Andreas Kruppert  
Verbandsvorsteher